

FREIE WÄHLER

Gymnasium: Anbau schon jetzt zu klein ?

Die Erweiterungspläne für das Geretsrieder Gymnasium haben die Freien Wähler bei ihrem Stammtisch am Donnerstagabend im Geltinger Neuwirt kritisiert. „Durch Zuzug werden wir in den kommenden Jahren 1400 bis 1500 Schüler haben. Der Neubau ist jetzt schon zu klein“, sagte FW-Mitglied und Elternbeirat Hanjo Osthues.

VON TANJA LÜHR

Gelting – Die FW-Kreisvorsitzende und Kreisrätin Susanne Merk hatte zuvor berichtet, dass in einem Anbau im Norden des Schulzentrums zehn neue Klassenzimmer entstehen sollen. Die Statistik sei so konzipiert, dass sie eine spätere Aufstockung zulasse. Auch eine Unterkellerung des Gebäudes sei möglich. Merk warb um Verständnis dafür, dass aus finanziellen Gründen „nicht alles auf einmal gemacht werden kann“.

Der FW-Ortsvorsitzende Lorenz Weidinger erinnerte an einen Regierungsbeschluss, laut dem ab dem Jahr 2011 kleinere Klassen gebildet werden sollen. Da die Schülerzahlen wohl nicht abnehmen würden, bräuhete

man folglich mehr Räume. Weidingers Vorschlag: die mit 65 Quadratmetern geplanten Klassenzimmer zu verkleinern, um mehr als zehn zu erhalten.

Darauf entgegnete Dietmar Baumeister, ehemals stellvertretender Direktor des Geretsrieder Gymnasiums, dass die größeren Räume (Standard waren bisher 56 Quadratmeter) ihre Berechtigung hätten. Denn bald würden neue Tafeln eingeführt, die viel Platz brauchten. Im Übrigen gebe er, Baumeister, nicht viel auf Prognosen über die Entwicklung der Schülerzahlen. Sie seien bislang nie eingetroffen.

Brief an den FW-Landeschef

Susanne Merk gab allerdings zu bedenken, dass durch den neuen Notendurchschnitt für den Übertritt an Realschulen und Gymnasium ein „Boom“ zu erwarten sei. Sie kritisierte, dass die Regierung „an vielen kleinen Rädchen dreht“, die alle Auswirkungen auf die Schulpolitik der Kommunen und Landkreise hätten. Sie habe den FW-Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Hubert Aiwanger deshalb kürzlich in einem Brief gebeten, im Landtag auf eine „vorausschauendere Planung“ zu drängen.



Debüt an einem Ortsstammtisch: die neue Kreisvorsitzende Susanne Merk (2. v. li.) bei den Freien Wählern Geretsried. FOTO: SH

„Frühwarnsystem“ in der Jugendhilfe

FW-Kreisvorsitzende Susanne Merk spricht erstmals vor dem Geretsrieder Ortsverband

Gelting – Landrat Josef Niedermaier setzt seit seiner Amtsübernahme stark auf Prävention in der Jugendhilfe. Die Geretsrieder Freien Wähler (FW) begrüßen dieses Vorgehen. Am Donnerstagabend diskutierten sie im Geltinger Neuwirt lebhaft mit der neuen Kreisvorsitzenden Susanne Merk über die Bereiche Familie, Schule und Jugend.

Für Susanne Merk, Bäuerin aus Gaißach, sechsfache Mutter, FW-Kreis- und Gemeinderätin und seit kurzem Nachfolgerin Josef Niedermaiers als Kreisvorsitzende, war es ein „Debüt“, bei einem Ortsstammtisch zu sprechen. Sie sei sehr gerne im Norden

des Landkreises, zwischen Nord und Süd mache sie keinen Unterschied, betonte die 41-Jährige, bevor sie aus dem Kreistag berichtete.

Das Landratsamt und der Jugend- und Familienausschuss arbeiteten derzeit an der Entwicklung eines „Frühwarnsystems“ nach Rosenheimer Vorbild, sagte Merk. Man wolle Eltern von der Geburt ihres Kindes an bis zu dessen Volljährigkeit besser begleiten und unterstützen. „Schon die Hebamme soll das Jugendamt einschalten, wenn sie feststellt, dass eine alleinerziehende Mutter mit der Säuglingspflege überfordert ist“, nannte die Kreis-Vorsit-

zende als Beispiel. Das Amt werde dann „sehr diskret“ Hilfe anbieten. Auch Kinderärzte, Kindergärten, Schulen und Vereine sollen sensibilisiert werden für eventuelle Probleme innerhalb von Familien.

FW-Mitglied Christoph Karner würde sich wünschen, dass die Vorsorge-Untersuchungen beim Kinderarzt kontrolliert werden. „Ohne Nachweis kein Kindergeld“, so Karners drastische Forderung. Hier sei die Bundespolitik gefragt, stimmte Susanne Merk zu. Der Landkreis möchte das Frühwarnsystem mit Hilfe von Mitteln aus dem EU-Förderprogramm „Lead-

er“ finanzieren. Wie Merk sagte, würde für das Projekt mehr Personal am Landratsamt benötigt, was natürlich Kosten verursache.

Ihrer Ansicht nach würde sich die Investition lohnen. In Rosenheim sei dank des Modells die Zahl der Jugendlichen, die in einem Heim untergebracht werden müssen, gesunken. FW-Stadtrat und Sozialreferent Wolfgang Lorz verwies auf die Geretsrieder Elternschule, deren Ziel ebenfalls die Prävention sei. Das Problem bei dieser Einrichtung, die laut Lorz „sehr schleppend“ angelaufen ist, sei, dass niemand gerne zugebe, Hilfe zu benötigen.